

Erschienen in sprachlich leicht überarbeiteter Form in:

Beck, Konstantin, Andreas Kley, Peter Rohner und Pietro Vernazza (2022), *Der Corona-Elefant – Vielfältige Perspektiven für einen konstruktiven Dialog*, Zürich: Versus: 179-188.

## **Krisen besser bewältigen**

### **Eine politisch-ökonomische Analyse**

Reiner Eichenberger & David Stadelmann

#### **Einleitung**

Freier Austausch zwischen Menschen maximiert die gesellschaftliche Wohlfahrt – falls er nicht durch negative externe Effekte unbeteiligte Dritte schädigt und so Marktversagen entsteht. Für Krisen ist typisch, dass plötzlich neue externe Effekte auftreten. In der Corona-Krise waren dies die mögliche Übertragung einer infektiösen Krankheit mit relevanten Gesundheitsfolgen sowie die drohende Überlastung des Gesundheitswesens. Doch externe Effekte und Marktversagen treten nicht nur in Krisen auf. Sie prägen immer unseren Alltag, wie etwa im Verkehrs- und Energiebereich durch schädliche Emissionen. Zur Heilung all der Marktversagen greift «die Politik» regelmässig zu Geboten und Verboten und versucht auch, externe Effekte durch Bepreisung zu internalisieren.<sup>i</sup>

«Die Politik» stellt aber selbst eine Art Markt dar: den Markt für politische Dienstleistungen.<sup>ii</sup> Politiker und Parteien bieten politische Dienstleistungen – etwa die Bereitstellung öffentlicher Güter, Gesetze, Ausgabeentscheide, Regulierungen und Subventionen – an, Bürger und Interessengruppen fragen sie nach, und bezahlt wird mit Wählerstimmen, Information, Parteispenden und Schlimmerem. In diesem Markt für politische

Dienstleistungen kann wie in allen Märkten Marktversagen auftreten, das wir dann als Politikversagen wahrnehmen. Politikversagen begünstigt Krisen, indem es die krisenverursachenden negativen externen Effekte verstärkt, neue externe Effekte schafft und die Nutzung relevanter Ressourcen zur schnelleren Krisenüberwindung einschränkt.

Politik ist noch von einer weiteren, speziellen Art des Marktversagens bedroht. Die Anreize der Bürger, sich vernünftig zu verhalten, sind im politischen Bereich kleiner als im privaten. Die einzelnen Wähler haben kaum Einfluss auf Wahl- oder Abstimmungsergebnisse. Folglich haben sie zum einen kaum harte Anreize, sich gut zu informieren; viele sind deshalb rational ignorant. Darüber hinaus haben sie nur schwache Anreize, zweckdienlich – oder fachsprachlich *instrumentell* – für das zu argumentieren und zu stimmen, was sie wirklich als Lösung wollen. Vielmehr können sie im politischen Prozess ihre Gefühle ohne direkte Kosten ausleben und verhalten sich deshalb *expressiv*.<sup>iii</sup> Daher sind politische Debatten oft stark moralisierend, und wenig analytisch, rational und lösungsorientiert.

Die für die Schweiz typischen politischen Institutionen – direkte Demokratie, kleinräumiger Föderalismus und Konkordanz dank Mehrheitswahl der Regierungen – machen Politikversagen seltener.<sup>iv</sup> In grossen Krisen reichen diese Institutionen allerdings nicht aus. So wurde in der Corona-Krise die Immunität der Genesenen in der Zeit, als sie als Befreiungsinstrument wirklich wichtig gewesen wäre, nicht als Ressource genutzt und zertifiziert – obwohl die wachsende Immunität in der Bevölkerung (ob über Impfung oder Genesung) anerkanntermassen die entscheidende Ressource zur Bewältigung von Pandemien ist. Während zu Beginn der Krise nicht klar war, ob und wann ein Impfstoff verfügbar würde und welchen Schutz er böte, war immer klar, dass er zunächst knapp sein wird. Immunitätszertifikate (COVID-Zertifikate) hätten dazu genutzt werden können, möglichst alle Genesenen (inklusive Dunkelziffer) zu dokumentieren und sie erst nachrangig zu impfen. Stattdessen wurden zunächst knappe Impfstoffe auch an unerkannte Genesene verabreicht (obwohl diese mit Tests grossenteils identifizierbar gewesen wären) und damit nicht an jene gegeben, die sie viel nötiger gehabt hätten. Die fehlende Zertifizierung dürfte allein deshalb viele Todesfälle mitverursacht haben. Erst über ein Jahr nach Krisenbeginn und weit fortgeschrittener Durchimpfung wurde die Immunität mit COVID-Zertifikaten dokumentiert und nutzbar gemacht. Den Grund dafür sehen wir in einem Politikversagen unter Beteiligung von Regierung, Medien und Wissenschaft.

## **Ignorierte Verhaltensgrundsätze**

Seit Beginn der Pandemie war das Gesundheitssystem von Überlastung bedroht. Ursächlich dafür war nicht nur die Krankheit, sondern auch politische Entscheidungen. Um die externen Effekte infektiöser Krankheiten zu meistern, sollten alle Beteiligten einen ganzheitlichen rationalen Diskurs anstreben.

### *Ganzheitliche Sicht*

Krisenpolitik darf auch in Pandemien nicht nur auf gesundheitliche Aspekte zielen, sondern muss auf die drei wichtigsten Quellen menschlichen Wohlergehens – Gesellschaft, Wirtschaft und Gesundheit – fokussieren. Dabei gilt es Zielkonflikte zu erkennen und effizient zu lösen. Das klingt trivial, ist es aber nicht.

So galt in der Pandemie Triage als Schreckwort und als unbedingt zu vermeiden. Tatsächlich aber war und ist in den Spitälern Triage in Form einer Priorisierung Standard, da Ressourcen immer knapp sind: Notärzte müssen bei Unfällen oft entscheiden, wer zuerst Hilfe erhält, und mit der Festlegung von Gesundheitsbudgets wird ganz selbstverständlich über die Überlebenschancen zukünftiger Patienten entschieden. Genauso sind Lockdowns Triage-Entscheidungen. Während die Folgen von Triage auf Intensivstationen schnell und offensichtlich sind, wirken Lockdowns nur langsam und indirekt über Wirtschaft, Bildung, Gesellschaft, Psyche, häusliche Gewalt, usw. auf Tod und Leben. Die ganzheitliche Sicht erfordert, alle Kosten und Nutzen von Massnahmen gegen die Pandemie systematisch abzuwägen (vgl. dazu die Kapitel von Beck, Rohner und Schott (die Hrsg.)).

### *Kalkül statt Gefühl*

Verschiedene Politikmassnahmen unterscheiden sich stark hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kosten und ihrer Wirkung auf das tatsächliche Infektionsgeschehen (inkl. Dunkelziffer). Bei der Abwägung ihrer Kosten und Nutzen sollten nicht Gefühle, sondern der Verstand wegleitend sein.

Doch wenn sich die Bürger expressiv verhalten und die Situation stark gefühlorientiert und moralisierend bewerten, gibt das den politischen Entscheidungsträgern Anreize, ebenso gefühlorientiert und moralisierend zu handeln. Dabei zählen verbale Bekenntnisse zu moralischen Grundsätzen und kurzfristige, leicht sichtbare Erfolge. Hingegen interessieren langfristige und schwieriger zuordenbare Kosten und Nutzen kaum. Ebenso wollen Politiker kleine, politisch schwache Gruppen auch dann nicht bevorzugt behandeln, wenn dies sachlich gerechtfertigt wäre – so wie bei den Immunen nach Genesung gegenüber den Nicht-Immunen, als Impfungen noch nicht ausreichend verfügbar waren (vgl. Kapitel von Staub (die Hrsg.)).

### *Ressourcenmobilisierung*

Eine ganzheitliche, rationale Sichtweise erlaubt es oft, weitere Ressourcen zu erkennen, diese zu mobilisieren und damit die Kosten der Krise zu mindern. Corona-Immunität hat für die Immunen selbst und die Gesellschaft einen grossen Wert. Deshalb war Corona-Immunität schon am Anfang der Krise eine zentrale Ressource, die mit der Ausbreitung des Virus und damit der steigenden Zahl an Genesenen wuchs. Der Wert dieser Ressource ist umso höher, je verlässlicher die Immunen über ihre weitgehende Immunität und deren Tragfähigkeit informiert sind und je glaubwürdiger sie diese anderen vermitteln können.<sup>v</sup>

Die Genesenen und damit weitgehend Immunen hätten ohne Verzögerung sofort von vielen Massnahmen ausgenommen werden können. Doch dafür mussten sie gesucht, gefunden und zertifiziert werden. Deshalb brauchte es für die Genesenen und später die Geimpften ein Immunitätszertifikat (COVID-Zertifikat) über nachgewiesene Antikörper, über die Genesung nach überstandener Krankheit oder durch Impfung. Der Einwand, die Immunität sei nicht hundertprozentig sicher und nicht ewig, war immer hinfällig. Unsicher und von begrenzter Dauer ist in Krisen fast alles. Es geht darum, mit Unsicherheit klug umzugehen und sie zu reduzieren. Daher darf sich die Politik in Krisen nicht nur auf «abschliessend und zweifelsfrei» bestätigte Hypothesen verlassen, sondern muss auch Folgerungen aus höchst plausiblen, aber noch unbestätigten Hypothesen ziehen und umsetzen. Schliesslich hätten die Immunitätszertifikate dynamisch an den Stand des Wissens angepasst werden können.

Da die weitgehende Immunität nach Genesung die negativen externen Effekte von Corona stark reduziert, fragt sich, weshalb diese Ressource nicht zertifiziert und genutzt wurde. Leider bewirken Krisen Politikversagen, wodurch die krisenverursachenden negativen externen

Effekte noch anwachsen und Selbstheilungskräfte gegen externe Effekte ausser Kraft gesetzt werden.

### **Endogenes Politikversagen in der Krise**

In Krisen ist Politikversagen durch Verletzung der genannten allgemeinen Regeln häufiger als zu Normalzeiten. Zwei der Mechanismen, die sonst Politikversagen in der Schweiz abmildern, nämlich direkte Demokratie und Föderalismus, können ihre Wirkung infolge von Zeitdruck und Zentralisierungstendenzen in Krisen kaum entfalten. Zudem wird expressivem Verhalten der Bürger und damit einer moralisierenden Gleichmacherei Vorschub geleistet.

#### *Politikversagen und Demokratie*

In Krisen kommt zum Umstand, dass ein einzelner keinen relevanten Einfluss auf die Politik und damit kaum Anreize zu instrumentellem (oder umgangssprachlich zweckdienlichem) Verhalten hat, noch zweierlei hinzu: Solange die Kosten und Nutzen der verschiedenen Massnahmen sehr ungewiss sind, macht es noch weniger Sinn, instrumentell zu argumentieren und handeln. Zudem nimmt die Autonomie der nationalen Politik ab, da manch Wichtiges durch internationale Organisationen und die Politik anderer Länder vorbestimmt wird. Für die einzelnen Bürger ist es deshalb rational, für das einzutreten, was ihnen sofort wenigstens ein moralisch gutes Gefühl verschafft. Dadurch gewinnen moralisierende und übermässig simplifizierende Ansätze an Gewicht, die weder lösungsorientiert noch effizient sind.

Für Politiker lohnt es sich angesichts der expressiven Haltung der Wähler in Krisen wenig, echte Problemlösungen auszuarbeiten. Gleichbehandlung von Ungleichen – also Immune gleichen Einschränkungen auszusetzen wie nicht Immune – ist zwar falsch, aber einfach. Hingegen verlangt Differenzierung nach guter Begründung. Zudem können die von einer Differenzierung negativ Betroffenen diese zumeist einfacher kritisieren, als sie die Profiteure rechtfertigen können. Differenzierung bringt so den zuständigen Politikern und Verwaltungsabteilungen mehr Arbeit und Risiko als Gleichbehandlung. Den Immunen werden erst dann mehr Freiheiten gegeben, wenn sie durch fortschreitende Impfung und Genesung zur klaren Mehrheit werden. Genau dann wäre eine Differenzierung aber oft nicht mehr geboten,

da das Problem der externen Effekte deutlich kleiner geworden ist: Mit der risikoarmen Immunisierungsmöglichkeit dank Impfung können sich fast alle, die es wollen, sehr gut schützen und negative externe Effekte auf sich selbst und damit auch das Gesundheitswesen weitgehend reduzieren – vorausgesetzt, die Impfung kann ihr Immunitätsversprechen tatsächlich einlösen. Damit verlieren die Immunitätszertifikate ihre Bedeutung als Krisenlösungsinstrument weitgehend und dienen bloss noch der persönlichen Immunitätsdokumentation.

### *Politikversagen und Medien*

Da der Einsatz für gute Politik ein öffentliches Gut ist, entsteht gute Politik nicht von selbst. In der Demokratie braucht es dafür freie, vielfältige und kritische Medien.

Doch in der Corona-Krise verloren viele Medien ihre Kritikfähigkeit gegenüber der Regierung, berichteten eher einseitig und setzten mehr auf Panik als auf Analyse. Dafür könnte man vier Mechanismen für verantwortlich halten: (1) Die privaten Medien leiden durch die Verlagerung des Anzeigengeschäfts zu den sozialen Medien unter enormem Spardruck und einer gewissen Auszehrung. (2) Als Folge wollen mehr Medienschaffende in die wachsenden staatlichen Kommunikationsabteilungen abwandern, was sie staatsfreundlicher stimmen mag. (3) Einzelne Medien können dank guten persönlichen Beziehungen im Tausch gegen unkritische Berichterstattung Vorabinformationen über die Pläne der Regierung erhalten. (4) Die Abhängigkeit von staatlichen Inseraten kann eine gewisse befriedende Wirkung auf manche Medien haben. Unabhängig, wie man diese Aspekte beurteilt: Sie sind nicht krisenspezifisch. Sie erklären bestenfalls ein allgemeines Versagen der Medien (vgl. auch das Kapitel von Vontobel (die Hrsg.)).

Die weitgehend unkritische Berichterstattung zu Beginn und im Verlauf der Krise dürfte mit den speziellen Anreizen von Medienschaffenden in Krisen zu tun haben. Medien – auch Qualitätsmedien – und ihre Mitarbeiter müssen unter Abwägung ihrer knappen Zeit, knappen Finanzen und knappem eigenen Wissen festlegen, wie sie berichten wollen. Zur Erhaltung ihrer Reputation wollen sie echte und scheinbare Fehler vermeiden. Und sie wollen möglichst viele Medienkonsumenten ansprechen.

Zu Beginn von Krisen besteht grosse Unsicherheit. Der Informationsbedarf der Konsumenten ist hoch, und Berichte zur Krise finden Aufmerksamkeit, gleich ob sie kritisch gegenüber der Politik sind oder nicht. Zugleich ist das Wissen der Medienschaffenden noch klein und ihr Fehlerrisiko gross. Kritische Beiträge können die Regierung und ihre Kommunikationsabteilungen deshalb leicht angreifen und echte oder vermeintliche Fehler anprangern. Regierungsdienliche Berichte hingegen werden kaum angegriffen. Daraus erwächst ein selbstverstärkender Mechanismus. Je weniger regierungskritische Berichte es gibt, desto konzentrierter trifft das «Sperrfeuer» der Regierung die noch verbleibenden kritischen Beiträge. Und je mehr Beiträge regierungsdienlich sind, desto kleiner wird das Risiko für ihre Urheber, von gegenüber der Regierung kritischen Kreisen angegriffen zu werden.

Unter der in Krisen gegebenen Unsicherheit übernehmen rationale Medienschaffende deshalb oft die Kommunikation der Regierungen und sind weitgehend unkritisch (was wohl auch die Strategie von Ringier CEO Marc Walder wenigstens teilweise erklärt)<sup>vi</sup>. Je länger sie dann das Krisenmanagement der Regierung beobachten können, desto leichter fällt es ihnen, fundierte Kritik zu üben, die nicht leicht zurückzuweisen ist. Allerdings unterliegen insbesondere Qualitätsmedien einer Konsistenzanforderung, weshalb sie das systemische Versagen nur langsam zu korrigieren vermögen.

### *Politikversagen und Wissenschaft*

Die «richtigen» Lösungen stehen in Krisen nicht vorab fest. Die Einschätzung der Bedeutung der externen Effekte verlangt das Expertenwissen der Wissenschaft. Dabei sind Krisen wie eine Pandemie immer ein komplexes Gemenge verschiedener Elemente, deren Verständnis einer ganzheitlichen Sicht bedarf. Virologie, Medizin, Recht, Erziehungswissenschaften, Psychologie, Ökonomie und weitere Wissenschaften spielen alle eine Rolle, wenn es darum geht, die Kosten von Pandemien sowie der Gegenmassnahmen klein zu halten. Entsprechend sind die stereotypen Aufrufe von Politikern, auf «Die Wissenschaft» wenig zielführend. Denn es gibt nicht «Die Wissenschaft». Vielmehr droht dieser Ruf einzelne Fachdisziplinen zum Spielball der Politik zu machen.

Auf die Nachfrage von Politik und Medien nach Expertise reagieren Wissenschaftler mit einem Angebot. Während Wissenschaft zu Normalzeiten zumeist durch intensiven Wettbewerb zwischen den «Peers» um die besten Ideen, die besten Methoden und die genauesten Analysen

geprägt ist, wird dieser Wettbewerb in Krisen durch die neue Nachfrage seitens der Politik geschwächt. Darüber hinaus muss sich, wer für Politik Gutachten erstellen will, an die Regeln des Gutachtenmarktes halten.

In Krisen haben auch Wissenschaftler eine Tendenz zu etwas weniger differenzierter Meinungsäußerung. Einerseits werden sie von der Politik in Gremien geladen und damit bereits selektioniert. Sie erarbeiten viele Vorschläge, aus denen politische Entscheidungsträger die ihnen genehmen Vorschläge herauspicken können. Die Experten haben kaum Anreize, dieses selektive Verhalten der politischen Entscheidungsträger zu kritisieren, denn das würde die Bedeutung ihrer wichtigen Position in Frage stellen (hörbare Kritik ist hingegen oft ein Vorbote eines baldigen Rücktritts). Zudem haben öffentlich auftretende Experten nicht nur die verständliche Tendenz, die Bedeutung ihres Fachgebiets hochzuspielen, sondern auch Anreize, die Schwere der Krise und die zukünftigen Gefahren tendenziell zu übertreiben.<sup>vii</sup> Wer vor einer Welle warnt, die zum vorausgesagten Zeitpunkt nicht kommt, verliert wenig bis gar nichts und kann argumentieren, dass seine rechtzeitige Warnung geholfen habe, die Krise zu verhindern. Wer hingegen voraussagt, es werde keine besonderen Probleme geben, aber von einer neuen Welle überrascht wird, dient dann in Politik und Medien kaum als Experte. Allerdings bieten solche systematischen Übertreibungen mit der Zeit Raum für andere Wissenschaftler, sich kritischer zu äussern.

### **Neue lösungsorientierte Institutionen für Krisen**

Das endogene Politikversagen in der Krise kann nicht behoben werden, indem einfach «bessere» politische Entscheidungsträger eingesetzt werden, die angeblich eine ganzheitliche Sicht einnehmen, alles rational abwägen und alle Ressourcen zu mobilisieren versuchen. Politiker sind auch nur Menschen und reagieren auf Anreize. Vielmehr braucht es insbesondere in Krisen neue Institutionen, die den Entscheidungsträgern bessere Anreize geben.

#### *Advocatus Diaboli als Medienkritikorgan*

In freiheitlichen Demokratien ist der Meinungswettbewerb in den Medien in Normalzeiten recht ausgewogen. In Krisenzeiten ist er aber systematisch zugunsten der Regierungsposition verzerrt. Zur Entzerrung bedarf es der Institution eines Advocatus Diaboli,

genauer mehrerer *Advocati Diaboli*. Ihre Aufgabe ist, in ernsthafter Absicht und bestem Wissen und Gewissen alle denkbaren Gegenargumente gegen die vorherrschende Politik- und Medienmeinung zu suchen, um damit einem Gruppendenken vorzubeugen und am Ende zu angemesseneren, besseren Entscheidungen zu kommen.

Analogien verdeutlichen die Relevanz der *Advocati Diaboli*: In der Rechtsprechung sucht nicht ein Mensch möglichst unvoreingenommen «die Wahrheit». Vielmehr suchen in einem wettbewerblichen Prozess sowohl Anklage und Verteidigung je recht einseitig nach den bestmöglichen Argumenten, aufgrund deren dann ein möglichst neutraler Richter – oder in schwierigen Fällen ein Richterkollegium oder eine Gruppe von Geschworenen – feststellt, was «die Wahrheit» sei. Auch Demokratie und Wissenschaft funktionieren ausserhalb von Krisen ähnlich: Parteien und Wissenschaftler suchen recht einseitig nach den bestmöglichen Argumenten für ihre politischen Projekte bzw. ihre Hypothesen, die dann von einer Art Gericht – dem Volk oder der «scientific community» – beurteilt werden.

Zur institutionellen Etablierung von *Advocati Diaboli* bieten sich mehrere Möglichkeiten: Einzelne Medien können Gefässe mit dem klaren Auftrag schaffen, die Politik kritisch zu hinterfragen. Teilweise existiert dies bereits durch spezielle «Querdenker-Kolumnen». Das reicht aber nicht. Denn die mediale Kritik an der Regierung ist in Krisenzeiten ein typisches öffentliches Gut. Die Kosten fallen beim einzelnen Medium an, aber die Nutzen verteilen sich auf die ganze Gesellschaft. Entsprechend haben die einzelnen Medien weder die Anreize noch Ressourcen, die Rolle eines *Advocatus Diaboli* in angemessenem Umfang zu spielen. Eine Möglichkeit wären Medienpreise für besonders gute Arbeit als *Advocatus Diaboli* zu schaffen.

Weil Kritik in Krisenzeiten ein öffentliches Gut ist, ist die Tätigkeit der *Advocati Diaboli* wahrer *Service Public*. Wir empfehlen deshalb, Mittel der heutigen Medienfinanzierung gezielt an Medien oder Abteilungen von Medien zu vergeben, die sich auf die Tätigkeit als *Advocatus Diaboli* spezialisieren. Diese Medien müssen durch ein von Regierung, Parlament und Parteien unabhängiges Gremium ausgewählt werden – denkbar wäre ein Gremium aus Experten oder ausgelosten Bürgern, und sie müssen einen klaren Auftrag haben: Sucht und präsentiert die bestmöglichen Argumente gegen die Entscheide und Strategien von Regierung und Parlament. Dank öffentlicher Finanzierung hätte diese *Advocati Diaboli* die Ressourcen, fundierte Kritik zu erarbeiten, und dank dem expliziten Auftrag zur Kritik müssen ihre Mitarbeiter nicht fürchten, als unmoralisch hingestellt zu werden.

### *Volksgewählte Gegenvorschlagskommission*

Wichtig ist nicht nur das systematische Hinterfragen der Politik von Regierung und Parlament durch *Advocati Diaboli*, sondern auch die konstruktiv-kritische Analyse und das Entwickeln von echten, realistischen Alternativen.

Die Schweiz hat bereits hervorragende und weltweit einmalige Erfahrungen mit unabhängigen Kritikkommissionen im Finanzbereich. In den Gemeinden mit Gemeindeversammlung wählen die Bürger nicht nur eine Regierung, sondern auch eine Rechnungsprüfungs- oder Geschäftsprüfungskommission, deren einzige Aufgabe es ist, die Vorschläge der Regierung zu kommentieren und kritisieren sowie Verbesserungsvorschläge vorzubringen.<sup>viii</sup>

Wir schlagen deshalb vor, dass es neben Parlament und Regierung eine unabhängige Kommission geben soll, die die explizite Aufgabe hat, kluge Alternativvorschläge zu entwickeln und diese in Konkurrenz zu Parlament und Regierung dem Volk vorlegen kann. Wir nennen diese Kommission „Gegenvorschlagskommission“. Ihre Mitglieder sollen vom Volk direkt in Mehrheitswahlen in einem gesamtschweizerischen Wahlkreis gewählt werden. Durch das Wahlverfahren und weil sie nichts selbst entscheiden kann, hätte diese Kommission beste Anreize, dem Volk gute Vorschläge zu unterbreiten, die die Politik aus Sicht des Volks verbessern. Und Regierung und Parlament hätten dann keinen Grund mehr zu behaupten, ihr Vorschlag sei alternativlos, wie diese insbesondere in der Corona-Krise oft der Fall war. Da die Gegenvorschlagskommission volksgewählt und unabhängig ist, könnte sie auch nicht von der Politik abgesetzt werden, wie dies bei wissenschaftlichen Beratern der Fall ist.

Die Kritik einer speziell beauftragten Gegenvorschlagskommission wirkt über wenigstens vier Kanäle. (1) Die Regierung kann die Vorschläge direkt aufnehmen. (2) Die Gegenvorschlagskommission liefert die Informationen an die Medien sowie die *Advocati Diaboli* und damit an die Bevölkerung. (3) Andere Akteure können auf der Kritik aufbauend eigene Vorschläge entwickeln. (4) Die Regierung wird versuchen, der Kritik der Gegenvorschlagskommission möglichst zuvor zu kommen und die offensichtlichsten Mängel ihrer Politik rechtzeitig zu beheben.

Im Falle der Corona-Krise etwa hätte die Gegenvorschlagskommission der Regierung wohl schon früh empfohlen, die Immunität infolge Genesung als wichtigste Ressource wirkungsvoll zu dokumentieren und zu nutzen. Und fast sicher hätte sie angemahnt, die wichtigsten Daten als Entscheidungsgrundlage besser zu erheben und auszuwerten. Dazu gehören die Dunkelziffer der Infektionen, der Anteil der wegen und mit Corona Hospitalisierten und Verstorbenen, die Vorerkrankungen und so die verlorenen Lebensjahre der Opfer von schwerer Krankheit und Tod, sowie das Ausmass der Immunität der Genesenen durch Antikörper und zelluläre Abwehr. Weil für die Regierung und Verwaltung die Kritik einer volksgewählten Kommission weit gewichtiger als diejenige einzelner Wissenschaftler und Medien wäre, hatte sie diese Probleme schnell und effektiv angepackt, so dass die Gegenvorschlagskommission für manche Bereiche nur hätte sagen können: Die Regierung hat weitgehend solide Arbeit geleistet.

## **Verdankung**

Wir danken Bruno S. Frey, Gerd Folkers, Christian Girardi und Florian Mitscherlich für erhellende Diskussionen.

---

<sup>i</sup> Pigou, Arthur C. (1920), *The Economics of Welfare*, Macmillan and Co., London.

<sup>ii</sup> Vgl. auch Becker, Gary S. (1958), Competition and democracy, *The Journal of Law and Economics*, 1: 105-109, oder Buchanan, James M. (1986), The constitution of economic policy, Lecture to the memory of Alfred Nobel. <https://www.nobelprize.org/prizes/economic-sciences/1986/buchanan/lecture/>.

<sup>iii</sup> Brennan, Geoffrey und Loren Lomasky (1997), *Democracy and Decision. The Pure Theory of Electoral Preference*. Cambridge: Cambridge University Press.

<sup>iv</sup> Eichenberger, Reiner, Marco Portmann, Patricia Schafer, und David Stadelmann (2021). Mehrheitswahlen in Mehrpersonenwahlkreisen: Ein Schweizer Erfolgsrezept? *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 22(4): 315-329.

<sup>v</sup> Eichenberger, Reiner, Rainer Hegselmann und David Stadelmann. (2020a). Zertifizierte Corona-Immunität als Ressource, *WiSt - Wirtschaftswissenschaftliches Studium*, 49(10): 26-32, sowie Eichenberger, Reiner, Rainer Hegselmann, David A. Savage, David Stadelmann und Benno Torgler (2020b). Certified Coronavirus Immunity as a Resource and Strategy to Cope with Pandemic Costs, *Kyklos*, 73(3): 464-474.

<sup>vi</sup> Philipp Gut (31.12.2021), CEO Marc Walder zwingt alle Ringier-Medien weltweit auf Regierungskurs, in: Die Ostschweiz.

<sup>vii</sup> Natürlich liegt die Frage nahe, welche Anreize denn die Autoren dieses Beitrags haben. Die skizzierten Verzerrungen sind eine Folge der hohen thematischen Spezialisierung vieler Wissenschaftler. Wissenschaftler hingegen, die wie die Autoren zu vielen unterschiedlichen Themen forschen und Stellung beziehen, haben schwächere Anreize, einzelne Themen hoch zu spielen.

<sup>viii</sup> Dazu Schelker, Mark und Reiner Eichenberger (2010), Auditors and fiscal policy: Empirical evidence on a little big institution. *Journal of Comparative Economics* 38(4): 357-380.